

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Bettina Stark-Watzinger, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, Markus Herbrand, Katja Hessel, Renata Alt, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Katrin Helling-Plahr, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Carina Konrad, Alexander Müller, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Runder Tisch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu Versicherungswirtschaft und Wagniskapitalmarkt

Mit Schreiben aus September 2018 hatte der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier zu einem Runden Tisch von Versicherungswirtschaft und Wagniskapitalmarkt am 8. November 2018 eingeladen. Der Bundesminister führt in dem Schreiben aus, im deutschen Wagniskapitalmarkt seien institutionelle Investoren wie zum Beispiel Versicherungen und Pensionsfonds im internationalen Vergleich unterrepräsentiert. Gemeinsam mit dem für diese Fragen federführenden Bundesministerium der Finanzen sollte dann eruiert werden, auf welche konkreten Stellschrauben es hier ankomme.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Teilnehmer, Institutionen usw. haben neben dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium der Finanzen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an dem Runden Tisch teilgenommen?
2. Welche Personen haben die einzelnen Institutionen usw. vertreten?
3. Welche Punkte wurden seitens der Teilnehmer, Institutionen usw. als erforderliche Verbesserungspotentiale benannt?
4. Welche Verbesserungen bzw. Veränderungen bei der Regulatorik wurden anlässlich des Runden Tisches angeregt?

5. Wird der Runde Tisch zu Versicherungswirtschaft und Wagniskapitalmarkt zu einer dauerhaften Einrichtung?

Wenn ja, wann tagt der Runde Tisch das nächste Mal bzw. die nächsten Male?

Wenn nein, aus welchen Gründen wurde von einer dauerhaften Einrichtung abgesehen?

Berlin, den 20. November 2018

Christian Lindner und Fraktion